Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage

Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May G. m. b. H. in Bischofswerda. Fernsp. Nr. 22

Erscheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgend. Tag. **Bezugspreis** für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmonatlich Mk. 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 15 Pfg. — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsträger und die Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postscheck-Konto: Amt Dresden Nr. 1521. **Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 54.** Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Goldmark): Die 43 mm breite einspaltige Grundschriftzeile 20 Pfg., örtliche Anzeigen 15 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile (im Textteil) 50 Pfg. Zahlung in Papiermark zum amtlichen Briefkurs vom Zahltag, jedoch nicht niedriger als zum Kurs vom Tage der Rechnung. — Rabatt nach Tarif. Für Sammelanzeigen tarifm. Aufschlag. — Erfüllungsort Bischofswerda

Nr. 132. **Mittwoch, den 10. Juni 1925.** **80. Jahrgang**

Englisch-französische Einigung in der Garantiepaktfrage.

Tagesschau.

* Bei den Besprechungen zwischen **Chamberlain** und **Briand** in Genf ist eine **Verständigung in der Garantiepaktfrage** erfolgt.

* **Wie** sich nun herausstellt, ist die **Entwaffnungsnote** lediglich ein **Werk der englischen Industriespionage.** Mit der Zerstörung industrieller Werke beabsichtigt man die **wirtschaftliche Lahmlegung Deutschlands.**

Die Verhandlungen mit den Ländern über die **Amnestie** sind nunmehr abgeschlossen. Es ist damit zu rechnen, daß die Reichsregierung jetzt mit aller Beschleunigung an die Ausarbeitung des **Reichsamnestiegesetzes** herangehen wird.

Nach Meldungen aus Berlin sind **Unterschleife in der Höhe von 20 Millionen Goldmark zum Schaden des Eisenbahnfiskus** entdeckt worden. An der Affäre sollen bedeutende Baufirmen in Dresden, Frankfurt a. d. Oder und Züllichau beteiligt sein.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

England beugt sich den französischen Forderungen.

Paris, 8. Juni. (Wolff-Telegramm.) **Der Vertreter der Agentur Havas in Genf ist zu der Erklärung berechtigt, daß die Antwort, die Chamberlain im Namen seiner Regierung heute mittag nach Beendigung der ersten Sitzung des Völkerbundsrates Briand übermittelt hat, das endgültige Abkommen zwischen den Regierungen von Großbritannien und Frankreich hinsichtlich der Deutschland auf seinen Sicherheitsvorschlag zu erteilenden Antwort darstelle. Die letzten Meinungsverschiedenheiten, die noch bestanden hätten, seien jetzt verschwunden, und es handele sich nur noch darum, gewissen Stellen der Note, über die jetzt ein Einverständnis erzielt sei, die endgültige redaktionelle Form zu geben.**

Das zwischen den Regierungen von Großbritannien, Frankreich und Belgien vereinbarte Abkommen stelle den formellen Beschluß Großbritanniens fest, die Rheingrenze, so wie sie der Versailler Vertrag festgelegt habe, zu verbürgen, und jede Verletzung der territorialen und militärischen Klauseln, die die Rheingrenze garantierten, als casus belli zu betrachten.

Was die Ostgrenze Deutschlands betreffe, so erkläre Großbritannien ausdrücklich, daß es der Stipulierung des Vertrages treu bleibe. Die durch England für die Rheingrenze gegebene Garantie erstrecke sich nicht auf die Grenzen von Polen und der Tschechoslowakei. Diese Grenzen ständen unter Schutz der Völkerbundssatzung. Außerdem lasse England Frankreich alle Freiheiten, seinen Verpflichtungen allgemeiner Art die Form zu geben, die am besten den Interessen seiner Alliierten entspräche, vorausgesetzt, daß jenes Abkommen dem Geist und Buchstaben der Völkerbundssatzung entspreche.

Endlich werde im französisch-britischen Abkommen formell erklärt, daß Frankreich in dem Falle, in dem seine Alliierten das Opfer eines nicht provozierten Angriffes würden, berechtigt sei, sich der entmilitarisierten Rheinlandzone als Operationsfeld zu bedienen, um seinen angegriffenen Alliierten zu Hilfe zu eilen.

Was die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund anlange, so seien die Regierungen von Paris und London darin übereingekommen, zu erklären, daß sie erst in dem Augenblick erfolgen könne, in dem der Sicherheitspakt vollkommen den zwischen den beiden Regierungen festgelegten Bestimmungen entspräche.

Da zwischen den Regierungen von London, Paris und Brüssel jetzt eine vollkommene Einigung erzielt worden sei, werde Minister Briand in der Lage sein, der deutschen Regierung die Antwort der französischen Regierung zu übermitteln.

*

Die englisch-französische Verständigung, die man vor Donnerstag nicht erwartete, ist überraschend schnell erfolgt. Nach altbewährtem Rezept haben sich England und Frankreich wieder einmal auf Deutschlands Kosten geeinigt.

„Fälle berechtigten Zwanges".

Frankreich hat das Sonderrecht der jederzeitigen Anwendung von Gewaltmitteln.

Paris, 8. Juni. Nach Ansicht der Pariser Presse ist damit zu rechnen, daß die französische Note in der Sicherheitsfrage bereits in der nächsten Woche in Berlin überreicht werden wird. Chamberlain habe sich vor seiner Abreise allerdings nicht mehr mit Baldwin über die letzte französische Note unterhalten können und werde noch weiterer Instruktionen bedürfen. Briand halte aber die Absendung der Note für so dringlich, daß er bereits am Mittwoch wieder in Paris sein werde, während Chamberlain noch bis Freitag in Genf bleiben wird. Die Blätter betonen, daß über die wichtigsten Punkte eine Uebereinstimmung erzielt sei.

Im Matin berichtet der zur Zeit in Genf weilende Jules Sauerwein, daß Frankreich den Garantiepakt noch durch schiedsgerichtliche Abkommen ergänzt sehen wolle, durch die die Anwendung von Gewaltmitteln zwischen den Signatarmächten ausgeschlossen sei. Dabei müßten allerdings **Fälle berechtigten Zwanges infolge Vertragsverletzung** (!) ausgenommen sein, was sich natürlich nur gegen Deutschland richten würde. Deutschland müsse mit Frankreich, Belgien, Polen und der Tschechoslowakei solche Verträge abschließen, deren Verletzung eine bewaffnete Intervention herbeiführen würde. Hierbei müsse auch der Durchmarsch durch die neutralisierte Rheinlandzone möglich sein. England solle den Westpakt garantieren, aber nicht die Schiedsgerichtsverträge. Bei einem europäischen Konflikt, der sich nicht auf Streitigkeiten zwischen den betreffenden Staaten erstrecke, würden alle Mächte innerhalb der Vertragsgrenzen Handlungsfreiheit behalten. Sauerwein hält es für möglich, daß Deutschland auch vor Erfüllung der Entwaffnungsforderungen in den Völkerbund eintreten könne. Ein Teil der Linkspresse zeigt sich mit dieser Regelung unzufrieden; es wird darauf hingewiesen, daß das Bündnis mit Rußland Frankreich in den Weltkrieg hineingezogen habe und daß das Bündnis mit Polen ähnliche Gefahren in sich berge. Ein Bündnis mit England sei vorzuziehen, um Frankreich freie Hand in Westeuropa zu verschaffen, eine Lösung allerdings, der England gerade durch den Garantiepakt aus dem Wege gehen will!

Geteilte Meinung in Genf.

Genf, 8. Juni. (Drahtb.) **Die lebhaften Kommentare über die Sensation des heutigen Tages, die englisch-französische Einigung bezüglich eines gemeinsamen Vorgehens der interessierten Mächte gegenüber dem deutschen Vorschlag zum Abschluß eines Sicherheitspaktes zeigen deutlich, daß man sowohl in den Kreisen der verschiedenen Delegationen wie auch unter den Vertretern der internationalen Presse durchaus geteilter, ja teilweise gegensätzlicher Meinung über die Bedeutung der heute verkündeten Einigung ist. Auf französischer Seite wird natürlich allgemein die auffallend rasch zustande gekommene Einigung als ein Sieg Frankreichs ausgelegt. Auf englischer Seite scheint man bemüht zu sein, diesen Eindruck nicht abzuschwächen. Gegenüber der These, daß England Frankreich in allen Punkten nachgegeben habe, wird von verschiedenen Seiten an die allgemeine politische und wirtschaftliche Lage Frankreichs erinnert, die es diesem Lande nicht nur erlaube, ohne jedes Entgegenkommen auf seinem Standpunkt zu beharren. In anderen teilweise pessimistischen Aeußerungen wird besonders darauf hingewiesen, daß man den vorausgegangenen Schriftwechsel zwischen England und Frankreich ebensowenig im einzelnen kenne, wie die Grundlagen der heutigen französisch-englischen Einigung. Man äußert in diesen Kreisen den Gedanken, daß in der im wesentlichen bereits vereinbarten Antwort an Deutschland Bemerkungen enthalten sein könnten, die mit seinen eigenen Vorschlägen nur noch wenig Berührungspunkte hätten.**

Die Aufnahme in London.

London, 8. Juni. (Drahtb.) **Die offiziöse französische Version der Havas-Agentur über das zwischen Chamberlain und Briand in Genf erzielte Abkommen in der Frage des Sicherheitspaktes erregt in der Presse großes Aufsehen und wird von verschiedenen Blättern bereits kritisiert. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt: Der Havasbericht enthalte keine Andeutung, daß der Pakt gegenseitig sei und das Großbritannien sich verpflichte, Deutschlands Westgrenze eine Garantie zu geben, die der entspreche, die es bereit sei, Frankreich und Belgien zu geben. Gegenseitig sei aber die Grundlage der ursprünglichen Vorschläge und auch der britischen Politik gewesen. Ferner sei bemerkenswert, daß nichts von einem Einschluß Italiens in den Pakt erwähnt werde, das von Deutschland eingeladen worden wäre, dem Pakt beizutreten und das durch Mussolini den nachdrücklichsten Wunsch hierzu betonte. „Daily Graphic" sagt in einem Leitartikel, es sei hohe Zeit, daß das britische Volk über den Westpakt unterrichtet werde, da das französische Auswärtige Amt in der letzten Woche phantastische Berichte veröffentlicht habe, so daß die öffentliche Meinung bestürzt und besorgt sei. Diese Besorgnisse seien durch die Havasveröffentlichung gestärkt worden. „Daily Graphic" betont ebenso wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph", daß Chamberlain in drei sorgfältig verfaßten öffentlichen Erklärungen über den Pakt den Grundsatz der Gegenseitigkeit hervorgehoben habe. Dieser Grundsatz sei der Kern des Paktes. Nach der Pariser Meldung aber würde der Pakt ein einseitiges Bündnis von einer Art sein, für die England ebensowenig Neigung habe, wie Amerika.**

Der Lügenbericht der Kontrollkommission.

Paris, 8. Juni. (Drahtb.) **Die französische Regierung übermittelte der Presse heute abend lediglich einen Auszug aus dem Bericht der interalliierten Kontrollkommission, den diese am 15. Februar dem Vorsitzenden des interalliierten Militärkomitees in Versailles, Marschall Foch, übergeben hatte mit dem Bemerken, daß das Dokument einen zu technischen Charakter trage, um im Wortlaut der Oeffentlichkeit verständlich zu sein. Der Bericht beklagt sich zunächst über die andauernde Obstruktion der Militärbehörden bei der letzten am 8. September 1924 begonnenen und am 25. Januar 1925 beendeten Generalinspektion. Einleitend betont der Bericht, daß die Kontrollkommission, während sie bei der Polizei, den Fabriken und den Zivilbehörden keinen Schwierigkeiten begegnet sei, bei den Militärbehörden den lebhaftesten Widerstand gefunden habe. Der Bericht bezeichnet es als bedeutsam, daß unter der Beschuldigung des Hochverrats gegen die Verfasser gewisser Presseartikel, in denen Verstöße gegen den Versailler Vertrag festgestellt wurden, Strafverfahren eingeleitet worden seien und daß schwere Verurteilungen erfolgten, während die Vereinigungen, die eine Tätigkeit ausgeübt hätten, die gegen die Bestimmungen des Vertrages verstoße, die Nachsicht der Behörden gefunden hätten. Nach Anführung einer ganzen Reihe angeblicher Verstöße gegen die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages geht der Bericht dazu über, die Ergebnisse der Generalinspektion in drei Rubriken zu bezeichnen, und kommt schließlich zu folgenden Beschlüssen: Hinsichtlich der Bewaffnung und sonstigen Kriegsmaterials scheine die militärische Stärke Deutschlands seit 1922 ungefähr die gleiche geblieben zu sein. Keine der zu jener Zeit festgestellten Verfehlungen sei beseitigt worden. Die Punkte, in denen die militärische Macht Deutschlands seit jenem Zeitpunkt eine ausgesprochene Verstärkung erkennen lasse, lägen auf den Gebieten der Effektivbestände der Rekrutierung, der militärischen Ausbildung, sowie bei gewissen Ausrüstungen und Befestigungen. Ferner sei Deutschland in der Lage, Kriegsmaterial rasch zu fabrizieren. Der Bericht schließt mit einer Erklärung, in der es heißt, daß die Kommission aus eigener Initiative und nach der von ihr gewonnenen Ansicht nicht erklären könne, daß die militärischen Klauseln des Friedensvertrages von Deutschland erfüllt worden seien, sondern daß die Beseitigung von Verfehlungen, deren Notwendigkeit die Generalinspektion erwiesen habe, noch ziemlich große Fortschritte machen müsse.**

Die Entwaffnungsnote als Schlag gegen die deutsche Industrie.

Ein Werk der Industriespionage. — Ungeheuere Werte von der Vernichtung bedroht.

Berlin, 8. Juni. (Privattelegramm.) Die Entente-Kontrollnote war in den letzten Tagen Gegenstand sehr ausführlicher Besprechungen nicht nur an den Regierungsstellen, sondern auch innerhalb der Direktionen der meistbetroffenen Werke. Dazu gehören vor allem die Deutschen Werke mit ihren Betrieben in Spandau, Hanau, Haselhorst, aber auch an anderen Stellen, die Waffen- und Munitionsfabrik in Karlsruhe, Mauser in Oberndorf, die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, die Bayrische Sprengstoff-A.-G., die Sächsische Gußstahlfabrik, Rheinmetall, die Dortmunder Union, Polte in Magdeburg und viele ähnliche Werke. Eine Umfrage bei den Direktoren dieser Werke ergibt, daß sie sämtlich die finanziellen und wirtschaftlichen Folgen der Ententenote noch nicht zu übersehen vermögen, sondern sich nur ein ungefähres Bild machen können.